

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Ausführung von Titel 4 Kapitel 4 („Die Finanzen“) des Gemeindedekrets vom 23. April 2018

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Gemeindedekrets vom 23. April 2018, Artikel 60 Absatz 3, 60.1 Absatz 4, 98 §4, 107, 163, 164.9, 164.10 §6 Nummer 2, 164.11 §§1 und 4, 165.1 §1 Absatz 2, §4 Absatz 2 und §5, 168.1, 170 §6, 170.1 Absatz 2, 170.2 Absatz 2, 170.6 Absatz 3, 170.9 und 170.10 Absatz 1, eingefügt bzw. abgeändert durch das Dekret vom 25. Januar 2021;

Aufgrund des Erlasses des Regenten vom 18. Juni 1946 zur finanziellen Verwaltung der Gemeinderegien;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung in Ausführung von Artikel L1315-1 des Kodex für lokale Demokratie und Dezentralisierung;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 4. Februar 2008 zur Ausführung von Artikel 40 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 6. März 2009 zur Ausführung von Artikel 1 Nummer 4 und 2 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 6. April 2009 über die Ausführungsmodalitäten von Artikel 66 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 2. Juni 2009 über die Ausführungsmodalitäten von Artikel 72 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 24. Oktober 2012 zur Anpassung des Inhalts und des Formats der standardisierten Buchhaltungsdatenbank und der Synthesedateien von Buchhaltungsinformationen, die in Artikel 35 §8 der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung vorgesehen werden;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom

12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für lokalen Behörden;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Gemeindedekret: das Gemeindedekret vom 23. April 2018;
2. Erlass vom 15. Juni 2011: der Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. Minister: der für lokale Behörden zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

KAPITEL 2 - HAUSHALTSBESTIMMUNGEN

Abschnitt 1 - Haushaltsplan

Art. 2 - §1 - Die Gemeinden verwenden das in Anlage 1 des Erlasses vom 15. Juni 2011 aufgeführte Raster für die Aufstellung ihrer Pläne für den Einnahmenhaushalt.

Die Gemeinden verwenden das in Anlage 2 des Erlasses vom 15. Juni 2011 aufgeführte Raster für die Aufstellung ihrer Pläne für den allgemeinen Ausgabenhaushalt und das in Anlage 3 des Erlasses vom 15. Juni 2011 aufgeführte Raster für die Aufstellung ihrer Pläne für den administrativen Ausgabenhaushalt.

§2 - Zeitgleich mit den in §1 erwähnten Unterlagen wird ein auf Projektebene unterteilter administrativer Einnahmen- und Ausgabenhaushalt hinterlegt, dessen Raster im Anhang 1 des vorliegenden Erlasses aufgeführt wird.

Art. 3 - Die in den Haushaltsplänen verzeichneten Beträge werden in Tausendern aufgeführt.

Abschnitt 2 - Haushaltsregeln

Art. 4 - Eine Zahlungsverpflichtung besteht, wenn und ab dem Zeitpunkt an dem aufgrund von Gesetzes- oder Verordnungsbestimmungen eine Schuld zu Lasten einer buchhalterischen Einheit oder eine Forderung zu ihren Gunsten besteht, unabhängig des Fälligkeitsdatums dieser Schuld oder dieser Forderung.

Unbeschadet der anwendbaren Gesetzes- oder Verordnungsbestimmungen und des Artikels 165.1 §3 des Gemeindedekrets, wird insbesondere ab den folgenden Zeitpunkten vom Bestehen einer Zahlungsverpflichtung ausgegangen:

1. für Gehälter, Pensionen, gelegentliche Prämien und andere besondere Zulagen: der Zeitpunkt der Verrichtung der Leistung; und für die diesbezüglichen Rückstände: der Zeitpunkt der Leistungsverrichtung, ungeachtet des Jahres, auf das sie sich beziehen;
2. für Arbeiten, Lieferungen und Dienstleistungen, mit Ausnahme der Mieten und

Abonnements: der Zeitpunkt der Ausführung und der Annahme der Arbeits-, Lieferungs- und Dienstleistungsaufträge;

3. für den Erwerb und den Verkauf von unbeweglichen Gütern: das Datum, an dem der Verkauf zwischen den Parteien verwirklicht ist;

4. für Zuschüsse, deren Gewährung durch Grundlagenbestimmungen geregelt wird: der Zeitpunkt, an dem sie gemäß dieser Grundlagenbestimmungen fällig sind;

5. für Zuschüsse, deren Gewährung nicht durch Grundlagenbestimmungen geregelt wird: das Datum, an dem der Gewährungsbeschluss in Kraft tritt;

6. für Beiträge, die an internationale Organisationen in Ausführung der Verträge eingezahlt werden: das Datum, an dem sie aufgrund der vertraglichen Verpflichtungen fällig sind;

7. für freiwillige an internationale Organisationen eingezahlte Beiträge: das Datum, an dem der Gewährungsbeschluss in Kraft tritt;

8. für Kreditvergaben und Beteiligungen: das Datum, an dem der Gewährungsbeschluss in Kraft tritt;

9. für Urteile und Entscheide oder andere Handlungen, die einen Streitfall beenden: das Datum, an dem diese Urteile oder Handlungen vollstreckbar sind;

10. für steuerliche Einnahmen: das Datum, an dem das Einforderungsrecht gemäß den gültigen Gesetzen, Dekreten und Verordnungen bestimmt wurde; wenn die Einzahlung jedoch der Bestimmung des Einforderungsrecht vorangeht, wird das Datum des Empfangs dieser Summen berücksichtigt;

11. für steuerliche Nachlasse und Erstattungen: das Datum, an dem der Betrag bestimmt wurde.

Art. 5 - §1 - Der in Artikel 170 §2 des Gemeindedekrets erwähnte Haushaltsbeschluss bestimmt in seinem verfügenden Teil, bis zu welcher Höhe die Gemeinde Anleihen zur Deckung von Investitionsausgaben aufnehmen darf.

§2 - Die Gemeinden begründen in dem Haushaltsbeschluss die beabsichtigte Kreditaufnahme unter Berücksichtigung folgender Elemente:

1. Begrenzung auf den Zweck: Kredite dürfen generell nur für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und zur Umschuldung aufgenommen werden. Die Summe dieser Veranschlagungen ist Bestandteil des in Artikel 60.1 des Gemeindedekrets erwähnten Berichts des Kommunalen Haushalts- und Finanzrates und bildet gleichzeitig die Obergrenze für die Kreditneuaufnahme des laufenden Haushaltes.

2. Nachrangigkeit: Kredite sind grundsätzlich nur als letztes Finanzierungsmittel in Betracht zu ziehen. Sie werden nur aufgenommen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist.

3. Aufrechterhaltung der dauernden Leistungsfähigkeit: Die Gemeinde muss in der Lage sein, ihren Verpflichtungen aus dem Kreditgeschäft nachzukommen. Bei der Genehmigung des Kreditgesamtbetrags prüft der Minister, ob die Leistungsfähigkeit der Gemeinde auf Dauer ausreicht, Zins und Tilgung zu bezahlen. Dabei berücksichtigt er folgende Kriterien:

- a) die Höhe Investitionshaushaltes;
- b) die Belastung des Gemeindehaushalts aus bereits vorhandenen Schulden;
- c) eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung, insbesondere im Hinblick auf den Aufwand für Personal, Verwaltung und Betrieb;
- d) der Ausschöpfungsgrad der Einnahmequellen, insbesondere was die Gebühren, Beiträge und Steuern betrifft.

Um sicherzustellen, dass sich die Gemeinde nicht überschuldet, ist ein Finanzplan mittels der aus der Gemeindebuchhaltung generierten Haushalts- und Finanzdaten für die kommenden fünf Jahre zu entwickeln, der eine Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit darlegt.

Art. 6 - Muss die Gemeinde in dem in Artikel 170.3 Absatz 2 des Gemeindedekrets

erwähnten Fall auf provisorische Haushaltsmittel zurückgreifen, können die Mittel des von der Gemeinde hinterlegten Haushaltsentwurfs für Zahlungen genutzt werden, außer für neuartige Ausgaben, die im Haushalt des Vorjahres nicht genehmigt waren.

Abschnitt 3 - Verabschiedung und Veröffentlichung

Art. 7 - Der Minister legt das jährliche Datum fest, bis zu dem die Gemeinden spätestens:

1. ihren Haushalt für das kommende Jahr verabschieden müssen;
2. ihre Jahresrechnungen des vorigen Rechnungsjahres verabschieden müssen.

Art. 8 - Der Minister bestimmt das Format, gemäß dem die Gemeinden die Zusammenfassung des Haushalts und der Rechnungslegung auf ihrer Website veröffentlichen.

KAPITEL 3 - FINANZBUCHHALTUNGSBESTIMMUNGEN

Abschnitt 1 - Kontenplan

Art. 9 - §1 - Die Gemeinden verwenden den in Anlage 6 des Erlasses vom 15. Juni 2011 aufgeführten einheitlichen Kontenplan für die Führung ihrer Finanzbuchhaltung.

§2 - Der Minister legt gegebenenfalls die Nummern der Konten und ihre Bezeichnung nach der dritten Stelle im Kontenplan fest.

Abschnitt 2 - Buchhaltungsregeln

Art. 10 - Die Gemeinden verwenden die in Anlage 7 des Erlasses vom 15. Juni 2011 aufgeführten Gliederungs- und Bewertungsvorschriften.

Art. 11 - Die in Artikel 165.1 §4 Absatz 2 des Gemeindedekrets erwähnten Bücher und Beweisbelege werden für eine Dauer von zehn Jahren aufbewahrt.

Art. 12 - Die Gemeinden verwenden für die Führung ihrer Buchhaltung dasselbe Datenverarbeitungssystem wie das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

KAPITEL 4 - FINANZAKTEURE

Abschnitt 1 - Anweisungsbefugter

Art. 13 - Bei jeder Bestellung von bevollmächtigten Anweisungsbefugten gemäß Artikel 164.9 des Gemeindedekrets werden mindestens folgende Elemente schriftlich festgehalten:

1. die Namen oder die Funktion der Personen, denen die Anweisungsbefugnis delegiert wird;
2. der Gegenstand der delegierten Anweisungsbefugnis;
3. die Höchstbeträge der Ausgaben, die im Rahmen der delegierten Anweisungsbefugnis getätigt werden dürfen.

Art. 14 - Die bevollmächtigten Anweisungsbefugten werden bei jeder im Gemeindedekret vorgesehenen vollständigen Erneuerung des Gemeindegremiums neu bestellt. Gegebenenfalls sind die Geschäftsordnungen entsprechend anzupassen.

Art. 15 - Die nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten werden vom Anweisungsbefugten unter denselben Bedingungen wie die bevollmächtigten Anweisungsbefugten bestellt.

Art. 16 - Der in Artikel 164.10 §6 Nummer 2 des Gemeindedekrets erwähnte Betrag beläuft sich auf 5.500 Euro ohne Mehrwertsteuer.

Abschnitt 2 - Rechnungspflichtiger

Art. 17 - Die Übertragung bestimmter Aufgaben durch den Rechnungspflichtigen an ihm unterstehende Mitarbeiter gemäß Artikel 164.11 §5 des Gemeindedekrets erfolgt schriftlich und wird durch das Gemeindegremium genehmigt.

Bei jeder Übertragung von Aufgaben werden mindestens folgende Elemente schriftlich festgehalten:

1. die Namen der Personen, denen bestimmte Aufgaben übertragen werden;
2. der Gegenstand der übertragenen Aufgaben;
3. die Höchstbeträge der Ausgaben, die im Rahmen der Aufgabenübertragung getätigt werden dürfen.

Eine Abschrift des Beschlusses zur Übertragung von Aufgaben wird der Regierung zur Information übermittelt.

Art. 18 - Die in Artikel 164.11 §4 des Gemeindedekrets aufgeführten Aufgaben des Rechnungspflichtigen umfassen auch die tägliche Führung und Verwaltung von Konten bei Finanzinstituten, einschließlich der Eröffnung und Schließung von Konten, die Erteilung von Vollmachten, die Abwicklung von Domizilierungsanträgen und das Einlösen von Schecks.

Art. 19 - Die Regierung kann jederzeit und ohne vorherige Ankündigung eine Kassenprüfung der Gemeinde veranlassen.

Die mit der Prüfung beauftragten Personen können Zutritt zu den Büroräumen des Rechnungspflichtigen verlangen. Sie können sich, ohne ihre Verantwortung dabei zu schmälern, von Sachverständigen begleiten lassen.

Bei dieser Kassenprüfung ist der Rechnungspflichtige verpflichtet, alle Bücher, Unterlagen und Werte vorzulegen sowie alle Auskünfte über seine Geschäftsführung und das Vermögen der Gemeinde zu erteilen.

Art. 20 - Der Rechnungspflichtige ist verantwortlich für die Akte, Wertpapiere und Dokumente, die ihm anvertraut worden sind.

Er ist verpflichtet:

1. das Gemeindegremium mindestens sechs Monate im Voraus über den Ablauf der Verträge zu benachrichtigen;
2. die Verjährung der Anrechte der Gemeinde zu verhindern und auf die Erhaltung der Domänen, Vorzugsrechte und Hypotheken zu achten;
3. die Eintragung beim Hypothekenamt für alle dafür in Frage kommenden Wertpapiere zu fordern;
4. das Gemeindegremium zu informieren über den Diebstahl oder den Verlust der Akte, Wertpapiere und Dokumente, die ihm anvertraut worden sind.

Der Rechnungspflichtige darf nur dann Kopien oder Auszüge von Büchern und Dokumenten, die ihm anvertraut worden sind, mit Ausnahme von Heberollen, erstellen oder herausgeben, wenn er hierfür die Erlaubnis des Gemeindegremiums erhalten hat.

Abschnitt 3 - Endabrechnung der Geschäftsführung

Art. 21 - §1 - Der ausscheidende Finanzdirektor tritt erst von seinem Amt zurück, wenn sein Nachfolger eingesetzt wird.

Er erstellt zu diesem Zeitpunkt in dreifacher Ausfertigung ein Inventar der dem neuen Finanzdirektor übergebenen Dokumente und Bücher, des Mobiliars, des Materials und der Gegenstände. Dieses Inventar wird von beiden Finanzdirektoren unterzeichnet, die jeder eine Ausfertigung davon aufbewahren. Die dritte Ausfertigung wird bei dem Archiv der Gemeinde hinterlegt.

§2 - Im Todesfall, bei einer Entfernung aus dem Dienst oder einer einstweiligen Amtsenthebung oder wenn es dem Finanzdirektor unmöglich ist, die Endabrechnung der Geschäftsführung zu machen, werden alle erforderlichen Sicherungsmaßnahmen getroffen und wird das Inventar durch Vermittlung des Gemeindegremiums erstellt. Sobald die Ersatzperson bestimmt ist, wird ihr dieses Inventar übergeben.

Art. 22 - §1 - Nach dem Inventar wird die in Artikel 107 des Gemeindegremiums erwähnte Endabrechnung der Geschäftsführung erstellt, unterzeichnet, vom ausscheidenden Finanzdirektor für richtig bescheinigt und vom neuen Finanzdirektor unter Vorbehalt angenommen.

§2 - Sollte der ausscheidende Finanzdirektor seinem Nachfolger die Endabrechnung seiner Geschäftsführung mit Verspätung geben oder sich weigern, sie an ihn abzugeben, fordert das Gemeindegremium ihn auf, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Diese Aufforderung erfolgt durch eine Zustellungsurkunde, in der der Durchführungstermin festgelegt ist.

Wenn die Aufforderung bei Ablauf dieser Frist nicht befolgt worden ist, wird die Endabrechnung der Geschäftsführung vom Gemeindegremium nach den Angaben, über die es verfügt, erstellt.

Die Aufforderungs- und Sachverständigenkosten werden in der Endabrechnung der Geschäftsführung zu Lasten des ausscheidenden Finanzdirektor angerechnet.

Ein Exemplar der Endabrechnung wird dem ausscheidenden Finanzdirektor übermittelt mit der Aufforderung, binnen dreißig Tagen seine Bemerkungen dazu zu formulieren.

§3 - Im Todesfall oder wenn der Finanzdirektor aus dem Dienst entfernt wird oder wenn es dem ausscheidenden Finanzdirektor unmöglich ist, die Endabrechnung der Geschäftsführung zu machen, wird sie vom Gemeindegremium erstellt.

Ein Exemplar der Rechnung wird dem ausscheidenden Finanzdirektor oder seinen Rechtsnachfolgern übermittelt mit der Aufforderung, binnen dreißig Tagen ihre Bemerkungen dazu zu formulieren.

§4 - Die Endabrechnung der Geschäftsführung wird ggf. zusammen mit den Bemerkungen des ausscheidenden Finanzdirektors oder seiner Rechtsnachfolger an den Gemeinderat

übermittelt, der sie abschließt.

Art. 23 - Die Endabrechnung der Geschäftsführung führt die am Datum des Ausscheidens aus dem Amt für das laufende und das künftig abzuschließende Rechnungsjahr festgelegten Dokumente der Rechnungslegung gemäß Artikel 166 des Gemeindedekrets auf.

Art. 24 - Der antretende Finanzdirektor haftet nur für die Verrichtungen, die er ab seinem effektiven Amtsantritt getätigt hat.

Wenn die Jahresrechnungen vom antretenden Finanzdirektor erstellt werden, beschränkt sich dessen Haftung auf die ab dem Datum seines Amtsantritts getätigten Buchungen.

Art. 25 - Sobald die Endabrechnung der Geschäftsführung definitiv abgeschlossen ist, werden die Buchungen, wenn nötig, mit ihr in Übereinstimmung gebracht.

Art. 26 - Im Falle eines Kassendefizits wird in der allgemeinen Buchführung zu Lasten des ausscheidenden Finanzdirektors eine Schuldforderung in Höhe des Betrags des Defizits gebucht.

Nach Abschluss der Endabrechnung der Geschäftsführung wird eine Ausfertigung davon übermittelt:

1. an den ausscheidenden Finanzdirektor oder an seine Rechtsnachfolger;
2. an den antretenden Finanzdirektor;
3. an das Gemeindegremium.

Art. 27 - Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind entsprechend anwendbar auf die in Artikel 105 des Gemeindedekrets erwähnten Sonderbediensteten.

KAPITEL 5 - INTERNE KONTROLLE

Art. 28 - Die Gemeinden verwenden die INTOSAI Richtlinien für die internen Kontrollnormen im öffentlichen Sektor (INTOSAI GOV 9100) zum Aufbau ihres internen Controlling-Systems im Hinblick auf die Überwachung der Haushaltsdurchführung und der Buchführung.

KAPITEL 6 - VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

Art. 29 - Die Gemeinden verwenden das in Anhang 2 des vorliegenden Erlasses aufgeführte Muster für die Mitteilung der Haushalts- und Buchhaltungsdaten an die Regierung gemäß Artikel 60 Absatz 3 des Gemeindedekrets.

Art. 30 - Bei der Erstellung des Berichts des kommunalen Haushalts- und Finanzrates gemäß Artikel 60.1 des Gemeindedekrets werden folgende Elemente schriftlich festgehalten:

1. Bezeichnung der Gemeinde, Name des Generaldirektors und des Finanzdirektors, Auflistung der Mitglieder des kommunalen Finanz- und Haushaltsrates;
2. Übersichtstabelle des Haushaltes;
3. Gemeindesteuern;
4. bedeutsame Investitionen;
5. gemeinsame sowie individuelle Stellungnahmen.

Art. 31 - Die in Artikel 168.1 des Gemeindedekrets erwähnten Zahlungserleichterungen können unter folgenden Bedingungen gewährt werden:

1. sie werden seitens des Schuldners angefragt;
2. ihnen geht eine vorherige, ausdrückliche und nicht bestreitbare Anerkennung der Gesamtschuld durch den Schuldner voran;
3. die Gemeinde erstellt einen Schuldentilgungsplan für den Schuldner.

Wenn die Gesamtschuld weniger als 10.000 Euro beträgt, wird keine Verzinsung berechnet. Bei Beträgen, die diesen Wert übersteigen, wird für die Anrechnung von Verzugszinsen der gesetzliche Zinssatz gemäß Artikel 1153 des Zivilgesetzbuches verwendet.

KAPITEL 7 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 32 - Die Artikel 18 bis 20 des Erlasses des Regenten vom 18. Juni 1946 zur finanziellen Verwaltung der Gemeinderegionen werden aufgehoben.

Art. 33 - Werden aufgehoben:

1. der Erlass der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung in Ausführung von Artikel L1315-1 des Kodex für lokale Demokratie und Dezentralisierung;
2. der Ministerielle Erlass vom 4. Februar 2008 zur Ausführung von Artikel 40 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung;
3. der Ministerielle Erlass vom 6. März 2009 zur Ausführung von Artikel 1 Nummer 4 und 2 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung;
4. der Ministerielle Erlass vom 6. April 2009 über die Ausführungsmodalitäten von Artikel 66 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung;
5. der Ministerielle Erlass vom 2. Juni 2009 über die Ausführungsmodalitäten von Artikel 72 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung;
6. der Ministerielle Erlass vom 24. Oktober 2012 zur Anpassung des Inhalts und des Formats der standardisierten Buchhaltungsdatenbank und der Synthesedateien von Buchhaltungsinformationen, die in Artikel 35 §8 der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung vorgesehen werden.

Art. 34 - Vorliegender Erlass tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Dekret vom 25. Januar 2021 zur Abänderung des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 in Kraft tritt.

Art. 35 - Der Minister für lokale Behörden wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident

Digital unterschrieben von Oliver
Paasch Ministerpräsident
Datum: 2021.07.14 12:16:31 +02'00'

Anhang 1 zum Erlass der Regierung vom ... zur Ausführung von Titel 4 Kapitel 4 („Die Finanzen“) des Gemeindedekrets vom 23. April 2018

GEMEINDE [BEZEICHNUNG]

PROJEKTÜBERSICHT [JAHR]

Aufgeführt nach Organisationsbereichen, Programmen, Zuweisungen und Projekten

OB	PR	EWK	Bezeichnung	Projekt ID	Beschreibung	VE [Jahr]	AE [Jahr]

Legende:

- OB: Nummer des Organisationsbereich
- PR: Nummer des Programms
- EWK: Nummer gemäß europäischer wirtschaftlicher Klassifizierung
- Bezeichnung: Bezeichnung des Verwaltungs- oder Tätigkeitsprogramms, in dessen Rahmen die Ausgabe getätigt wird
- Projekt ID: Nummer des Projektes
- Beschreibung: Bezeichnung des Projektes, in dessen Rahmen die Ausgabe getätigt wird
- VE [Jahr]: Höhe der Verpflichtungsermächtigung in Tausendern
- AE [Jahr]: Höhe der Ausgabeermächtigung in Tausendern

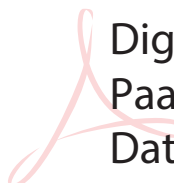
Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom ... zur Ausführung von Titel 4 Kapitel 4 („Die Finanzen“) des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 beigelegt zu werden.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident

 Digital unterschrieben von Oliver
Paasch Ministerpräsident
Datum: 2021.07.14 12:16:52 +02'00'

Anhang 2 zum Erlass der Regierung vom ... zur Ausführung von Titel 4 Kapitel 4 („Die Finanzen“) des Gemeindedekrets vom 23. April 2018

GEMEINDE [BEZEICHNUNG]

TRIMESTRIELLER BERICHT

HAUSHALTSAUSFÜHRUNG DER EINNAHMEN [JAHR]
Aufgeführt nach Organisationsbereichen, Programmen und Zuweisungen

EWK	Bezeichnung	Einnahmen [Jahr]	Rechnungen [Jahr]

Legende:

- EWK: Nummer gemäß europäischer wirtschaftlicher Klassifizierung
- Bezeichnung: Bezeichnung des Entstehungsgrundes der Einnahme
- Einnahmen [Jahr]: Höhe der Einnahme in Tausendern
- Rechnungen [Jahr]: Höhe der verbuchten festgestellten Rechte in Tausendern

HAUSHALTSAUSFÜHRUNG DER AUSGABEN [JAHR]
Aufgeführt nach Organisationsbereichen, Programmen und Zuweisungen

OB	PR	EWK	Bezeichnung	VE [Jahr]	Mittelbindung [Jahr]	AE [Jahr]	Rechnungen [Jahr]

Legende:

- OB: Nummer des Organisationsbereich
- PR: Nummer des Programms
- EWK: Nummer gemäß europäischer wirtschaftlicher Klassifizierung
- Bezeichnung: Bezeichnung des Verwaltungs- oder Tätigkeitsprogramms, in dessen Rahmen die Ausgabe getätigt wird
- VE [Jahr]: Höhe der Verpflichtungsermächtigung in Tausendern
- Mittelbindung [Jahr]: Höhe der verbuchten Mittelbindungen in Tausendern
- AE [Jahr]: Höhe der Ausgabeermächtigung in Tausendern
- Rechnungen [Jahr]: Höhe der verbuchten festgestellten Rechte in Tausendern

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom ... zur Ausführung von Titel 4 Kapitel 4 („Die Finanzen“) des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 beigefügt zu werden.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident



Digital unterschrieben von Oliver
Paasch Ministerpräsident
Datum: 2021.07.14 12:17:12 +02'00'

GOVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'un arrêté du Gouvernement portant exécution du titre 4, chapitre 4 (« Les finances »), du décret communal du 23 avril 2018

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu le décret communal du 23 avril 2018, les articles 60, alinéa 3, 60.1, alinéa 4, 98, § 4, 107, 163, 164.9, 164.10, § 6, 2°, 164.11, §§ 1^{er} et 4, 165.1, § 1^{er}, alinéa 2, § 4, alinéa 2, et § 5, 168.1, 170, § 6, 170.1, alinéa 2, 170.2, alinéa 2, 170.6, alinéa 3, 170.9 et 170.10, alinéa 1^{er}, insérés ou, selon le cas, modifiés par le décret du 25 janvier 2021;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 18 juin 1946 relatif à la gestion financière des régies communales;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale, en exécution de l'article L1315-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation;

Vu l'arrêté ministériel du 4 février 2008 portant exécution de l'article 40 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale;

Vu l'arrêté ministériel du 6 mars 2009 portant exécution des articles 1^{er}, 4°, et 2 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale;

Vu l'arrêté ministériel du 6 avril 2009 relatif aux modalités d'exécution de l'article 66 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale;

Vu l'arrêté ministériel du 2 juin 2009 relatif aux modalités d'exécution de l'article 72 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale;

Vu l'arrêté ministériel du 24 octobre 2012 adaptant le contenu et le format de la base de données comptables standardisée et des fichiers de synthèse des informations comptables prévus à l'article 35, § 8, du règlement général de la comptabilité communale;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le;

Vu l'avis n° [...] du Conseil d'État, donné le [...], en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre des Pouvoirs locaux;

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1^{er} – Dispositions générales

Article 1^{er} – Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

- 1° décret communal : le décret communal du 23 avril 2018;
- 2° l'arrêté du 15 juin 2011 : l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone;
- 3° ministre : le ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone compétent pour les Pouvoirs locaux.

Chapitre 2 – Dispositions budgétaires

Section 1^{re} – Budget

Art. 2 – § 1^{er} – Les communes utilisent la grille figurant à l'annexe 1^{re} de l'arrêté du 15 juin 2011 pour établir leur projet de budget des recettes.

Les communes utilisent la grille figurant à l'annexe 2 de l'arrêté du 15 juin 2011 pour établir leur projet de budget général des dépenses et celle figurant à l'annexe 3 du même arrêté pour établir leur projet de budget administratif des dépenses.

§ 2 – Parallèlement aux documents mentionnés au § 1^{er}, un budget administratif des dépenses et des recettes, subdivisé au niveau des projets et qui figure en annexe 1^{re} du présent arrêté, est également déposé

Art. 3 – Les montants indiqués dans les budgets sont exprimés en milliers.

Section 2 – Règles budgétaires

Art. 4 – Une obligation de paiement existe lorsque et au moment où, en vertu des dispositions légales ou réglementaires applicables, une dette existe à charge de l'entité comptable ou une créance existe en sa faveur, indépendamment de la date d'échéance de cette dette ou de cette créance.

Sans préjudice des dispositions légales et réglementaires applicables et de l'article 165.1, § 3, du décret communal, une obligation de paiement est censée exister à partir des moments suivants :

1° pour les traitements, pensions, primes occasionnelles et autres allocations particulières : au moment de la prestation; et pour les arriérés y afférents : au moment de la prestation, quelle que soit l'année à laquelle ils se rapportent;

2° pour les travaux, fournitures et services, à l'exception des loyers et abonnements : au moment où le marché concernant des travaux, des fournitures et des services a été exécuté et réceptionné;

3° pour l'acquisition et la vente de biens immobiliers : au moment où la vente est parfaite entre parties;

4° pour les subventions dont l'octroi est réglé par des dispositions organiques : au moment où elles sont dues selon ces dispositions organiques;

5° pour les subventions dont l'octroi n'est pas réglé par des dispositions organiques : à la date à laquelle l'arrêté d'allocation entre en vigueur;

6° pour les contributions versées à des organismes internationaux en exécution de traités : à la date où elles sont dues en vertu de l'obligation contractuelle;

7° pour les contributions volontaires à des organismes internationaux : à la date à laquelle l'arrêté d'allocation entre en vigueur;

8° pour les octrois de crédit et participations : à la date à laquelle l'arrêté d'allocation entre en vigueur;

9° pour les jugements et arrêts ou autres actes qui mettent fin à des litiges : à la date où ces jugements ou actes acquièrent force exécutoire;

10° pour les recettes fiscales : à la date de détermination du droit à recouvrer, conformément aux lois, décrets et dispositions réglementaires en vigueur; cependant, lorsque le versement précède la détermination du droit à recouvrer, la date à prendre en considération est la date de la réception des fonds;

11° pour les dégrèvements et remboursements fiscaux : à la date de détermination du montant.

Art. 5 – § 1^{er} – La décision budgétaire mentionnée à l'article 170, § 2, du décret communal fixe, dans son dispositif, la limite que la commune ne peut dépasser lorsqu'elle contracte des emprunts pour couvrir des dépenses d'investissements.

§ 2 – Dans leur décision budgétaire, les communes motivent les emprunts envisagés en tenant compte des éléments suivants :

1° limitation de la finalité : de manière générale, tout crédit ne peut être contracté qu'à des fins d'investissement, d'encouragement aux investissements et de remboursement de dettes. La somme de ces prévisions budgétaires fait partie intégrante du rapport du conseil communal budgétaire et financier mentionné à l'article 60.1 et forme parallèlement le plafond des emprunts du budget en cours;

2° subordination : les crédits doivent en principe être considérés uniquement comme moyen de financement de dernier recours. Ils ne sont contractés que si aucun autre financement n'est possible;

3° maintien d'une capacité continue : la commune doit être capable de satisfaire ses obligations découlant de ses opérations de crédit. Lors de l'approbation du montant total du crédit, le ministre vérifie si la capacité de la commune est suffisante à terme pour pouvoir payer les intérêts et les remboursements. Ce faisant, il tient compte des critères suivants :

- a) le montant du budget d'investissement;
- b) la charge que font peser les dettes existantes sur le budget communal;
- c) une comptabilité budgétaire rigoureuse et économique, notamment en ce qui concerne les dépenses pour le personnel, l'administration et l'exploitation;
- d) le taux d'utilisation des sources de recettes, notamment en ce qui concerne les redevances, contributions et impôts.

Afin de s'assurer que la commune ne s'endette pas, il convient d'établir un plan financier pour les cinq années à venir à l'aide des données budgétaires et financières provenant de la comptabilité de la commune, plan qui présente une vue d'ensemble permettant d'évaluer la capacité continue.

Art. 6 – Si, dans le cas mentionné à l'article 170.3, alinéa 2, du décret communal, la commune doit recourir à des crédits budgétaires provisoires, les moyens inscrits au projet de budget pour les paiements déposés par la commune peuvent être utilisés, à l'exception de nouveaux types de dépenses non autorisés dans le budget de l'année précédente.

Section 3 – Adoption et publication

Art. 7 – Le ministre fixe la date limite annuelle avant laquelle les communes :

1° doivent arrêter leur budget pour l'année à venir;

2° doivent arrêter les comptes annuels de l'exercice précédent.

Art. 8 – Le ministre détermine le format sous lequel les communes publient, sur leur site internet, un résumé du budget et de la reddition des comptes.

Chapitre 3 - Dispositions relatives à la comptabilité financière

Section 1^{re} – Plan comptable

Art. 9 – § 1^{er} – Les communes utilisent le plan comptable uniforme figurant à l'annexe 6 de l'arrêté du 15 juin 2011 pour tenir leur comptabilité financière.

§ 2 – Le ministre détermine le numéro et l'intitulé des comptes à plus de trois chiffres dans le plan comptable.

Section 2 – Règles comptables

Art. 10 – Les communes utilisent les principes de classification et d'évaluation figurant à l'annexe 7 de l'arrêté du 15 juin 2011.

Art. 11 – Les livres et justificatifs mentionnés à l'article 165.1, § 4, alinéa 2, du décret communal sont conservés pendant dix ans.

Art. 12 – Pour tenir leur comptabilité, les communes utilisent le même système de traitement des données que le Ministère de la Communauté germanophone.

Chapitre 4 – Acteurs financiers

Section 1^{re} – Ordonnateur

Art. 13 – Lors de toute désignation d'ordonnateurs délégués conformément à l'article 164.9 du décret communal sont consignés par écrit au moins les éléments suivants :

- 1° le nom ou la fonction des personnes auxquelles la compétence d'ordonnancement est déléguée;
- 2° l'objet de la compétence d'ordonnancement déléguée;
- 3° le plafond des dépenses pouvant être réalisées dans le cadre de la compétence d'ordonnancement déléguée.

Art. 14 – Les ordonnateurs délégués sont désignés lors de chaque renouvellement complet du collège communal prévu par le décret communal. Le cas échéant, les règlements d'ordre intérieur seront adaptés.

Art. 15 – Les ordonnateurs subdélégués sont désignés par l'ordonnateur, aux mêmes conditions que les ordonnateurs délégués.

Art. 16 – Le montant mentionné à l'article 164.10, § 6, 2°, du décret communal s'élève à 5 500 euros.

Section 2 – Comptable

Art. 17 – Lorsque le comptable, conformément à l'article 164.11, § 5, du décret communal, délègue certaines missions à des agents placés sous sa responsabilité hiérarchique, cette délégation s'opère par écrit et est approuvée par le collège communal.

Lors de toute délégation de missions, les éléments suivants sont au moins consignés par écrit :

- 1° le nom des personnes auxquelles certaines missions sont déléguées;
- 2° l'objet des missions déléguées;
- 3° le plafond des dépenses pouvant être réalisées dans le cadre des missions déléguées.

Une copie de la décision portant délégation est transmise pour information au Gouvernement.

Art. 18 – Les missions du comptable, mentionnées à l'article 164.11, § 4, du décret communal, comprennent également la tenue et la gestion journalière de comptes auprès d'institutions financières, y compris l'ouverture et la fermeture de comptes, l'octroi de procurations, le traitement de demandes de domiciliation et l'encaissement de chèques.

Art. 19 – Le Gouvernement peut, à tout moment et sans avertissement préalable, ordonner la vérification de l'encaisse des communes.

Les personnes chargées de cette vérification peuvent exiger l'accès aux bureaux du comptable. Elles peuvent se faire accompagner, sans aucunement dégager leur responsabilité, par des experts.

Lors de cette vérification, le comptable est tenu de présenter tous livres, pièces et valeurs, ainsi que de fournir tous les renseignements sur sa gestion et sur l'avoir de la commune.

Art. 20 – Le comptable est responsable des actes, titres et documents qui lui sont confiés.

Il est tenu :

- 1° d'avertir le collège communal de l'expiration des contrats, au moins six mois à l'avance;
- 2° d'empêcher la prescription des droits de la commune et de veiller à la conservation des domaines, des privilèges et des hypothèques;
- 3° de requérir l'inscription au bureau des hypothèques de tous titres qui en sont susceptibles;
- 4° d'informer le collège communal du vol ou de la perte des actes, titres et documents qui lui sont confiés.

Le comptable ne peut établir ou éditer des copies ou extraits des livres et documents qui lui sont confiés, à l'exception des rôles, que s'il a reçu l'autorisation du collège communal en ce sens.

Section 3 – Compte de fin de gestion

Art. 21 – § 1^{er} – Le directeur financier démissionnaire ne cesse ses fonctions que lors de l'installation de son successeur.

Il dresse à ce moment un inventaire en triple expédition des documents, livres, mobilier, matériel et objets remis au nouveau directeur financier. Cet inventaire est signé par les deux directeurs financiers qui en gardent chacun une expédition. La troisième expédition est déposée aux archives de la commune.

§ 2 – En cas de décès, révocation, suspension préventive, ou si le directeur financier se trouve dans l'impossibilité de dresser le compte de fin de gestion, toutes les mesures conservatoires requises sont prises et l'inventaire est dressé à l'intervention du collège communal. Dès que le remplaçant est désigné, cet inventaire lui est remis.

Art. 22 – § 1^{er} – Après l'inventaire, le compte de fin de gestion mentionné à l'article 107 du décret communal est établi, signé, certifié exact par le directeur financier sortant et adopté sous réserve par le nouveau.

§ 2 – En cas de retard ou de refus du directeur financier sortant de remettre au successeur le compte de fin de gestion, le collège communal le met en demeure de satisfaire à ses obligations.

Cette mise en demeure est faite par exploit d’huissier de justice qui fixe le délai d’exécution.

Si, à l’expiration de ce délai, la sommation est restée sans suite, le collège communal dresse le compte de fin de gestion d’après les éléments en sa possession.

Les frais de sommation et d’expert sont imputés au compte de fin de gestion à charge du receveur sortant.

Un exemplaire du compte est transmis au directeur financier sortant, avec invitation à formuler ses observations dans les trente jours.

§ 3 – En cas de décès ou de révocation du directeur financier, ou si le directeur financier sortant se trouve dans l’impossibilité de dresser le compte de fin de gestion, le collège communal le dresse.

Un exemplaire du compte est transmis au directeur financier sortant ou à ses ayants cause, avec invitation à formuler leurs observations dans les trente jours.

§ 4 – Le compte de fin de gestion, accompagné, le cas échéant, des observations du directeur financier sortant ou de ses ayants cause, est soumis au conseil communal, qui l’arrête.

Art. 23 – Le compte de fin de gestion comprend les documents de reddition des comptes conformément à l’article 166 du décret communal, arrêtés à la date de la fin de fonction, pour l’exercice en cours et pour celui en voie de clôture.

Art. 24 – Le directeur financier entrant ne sera responsable que des opérations passées par lui à dater de son entrée en fonction effective.

Lorsque les comptes annuels sont dressés par le directeur financier entrant, sa responsabilité se limite aux écritures passées à dater de sa prise de fonction.

Art. 25 – Dès qu’il a été statué définitivement sur le compte de fin de gestion, les écritures comptables sont modifiées en conséquence, s’il y a lieu.

Art. 26 – En cas de déficit de caisse, une créance du montant du déficit est ouverte en comptabilité générale à charge du directeur financier sortant.

Une expédition du compte de fin de gestion est remise, après qu’il a été arrêté :

- 1° au receveur communal sortant ou à ses ayants cause;
- 2° au directeur financier entrant;
- 3° au collège communal.

Art. 27 – Les dispositions de la présente section s’appliquent *mutatis mutandis* aux agents spéciaux mentionnés à l’article 105 du décret communal.

Chapitre 5 – Contrôle interne

Art. 28 – Les communes utilisent les lignes directrices INTOSAI sur les normes de contrôle interne à promouvoir dans le secteur public (INTOSAI GOV 9100) en vue de mettre en place un service d’audit interne chargé de surveiller l’exécution budgétaire et la comptabilité.

Chapitre 6 – Dispositions diverses

Art. 29 – Les communes utilisent le modèle figurant à l'annexe 2 du présent arrêté afin de communiquer au Gouvernement les données budgétaires et comptables, conformément à l'article 60, alinéa 3.

Art. 30 – Lorsque le conseil communal budgétaire et financier établit son rapport conformément à l'article 60.1 du décret communal, il y consigne les éléments suivants :

- 1° dénomination de la commune, nom du directeur général et du directeur financier, liste des membres du conseil communal budgétaire et financier;
- 2° tableaux synoptiques du budget;
- 3° taxes communales;
- 4° investissements significatifs;
- 5° avis communs et individuels.

Art. 31 – Les facilités de paiement mentionnées à l'article 168.1 du décret communal peuvent être accordées aux conditions suivantes :

- 1° elles sont demandées par le débiteur;
- 2° elles sont précédées d'une reconnaissance expresse et inattaquable de la dette totale par le débiteur;
- 3° la commune établit un plan d'apurement pour le débiteur.

Lorsque la dette totale s'élève à moins de 10 000 euros, aucun intérêt de retard n'est calculé. En ce qui concerne les montants supérieurs, le taux légal est appliqué pour calculer les intérêts de retard, conformément à l'article 1153 du Code civil.

Chapitre 7 – Dispositions finales

Art. 32 – Les articles 18 à 20 de l'arrêté du Régent du 18 juin 1946 relatif à la gestion financière des régies communales sont abrogés.

Art. 33 – Sont abrogés :

- 1° l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale, en exécution de l'article L1315-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation;
- 2° l'arrêté ministériel du 4 février 2008 portant exécution de l'article 40 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale;
- 3° l'arrêté ministériel du 6 mars 2009 portant exécution des articles 1^{er}, 4°, et 2 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale;
- 4° l'arrêté ministériel du 6 avril 2009 relatif aux modalités d'exécution de l'article 66 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale;
- 5° l'arrêté ministériel du 2 juin 2009 relatif aux modalités d'exécution de l'article 72 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale;
- 6° l'arrêté ministériel du 24 octobre 2012 adaptant le contenu et le format de la base de données comptables standardisée et des fichiers de synthèse des informations comptables prévus à l'article 35, § 8, du règlement général de la comptabilité communale.

Art. 34 – Le présent arrêté entre en vigueur à la date à laquelle le décret du 25 janvier 2021 modifiant le décret communal du 23 avril 2018 entre en vigueur.

Art. 35 – Le Ministre compétent en matière de Pouvoirs locaux est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Annexe 1^{re} à l'arrêté du Gouvernement du [...] portant exécution du titre 4, chapitre 4 (« Les finances »), du décret communal du 23 avril 2018

COMMUNE [DENOMINATION]

APERÇU DU PROJET [ANNEE]

D'après les divisions organiques, programmes, allocations de base et projets

DO	PR	CEE	Libellé	Réf. du projet	Description	CE [année]	CO [année]

Légende :

- DO : numéro de la division organique
- PR : numéro du programme
- CEE : numéro conformément à la classification économique européenne
- Libellé : programme administratif ou d'activité dans le cadre duquel la dépense est effectuée
- Réf. du projet : référence numérotée du projet
- Description : description du projet dans le cadre duquel la dépense est effectuée
- CE [année] : montant du crédit d'engagement exprimé en milliers
- CO [année] : montant du crédit d'ordonnancement exprimé en milliers

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du [...] portant exécution du titre 4, chapitre 4 (« Les finances »), du décret communal du 23 avril 2018.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Annexe 2 à l'arrêté du Gouvernement du [...] portant exécution du titre 4, chapitre 4 (« Les finances »), du décret communal du 23 avril 2018

COMMUNE [DENOMINATION]

RAPPORT TRIMESTRIEL

EXECUTION BUDGETAIRE DES RECETTES [ANNEE]

d'après les divisions organiques, programmes et allocations de base

CEE	Libellé	Recettes [année]	Factures [année]

Légende :

- CEE : numéro conformément à la classification économique européenne
- Libellé : motif de la recette
- Recettes [année] : montant de la recette exprimé en milliers
- Factures [année] : montant des droits constatés comptabilisés en milliers

EXECUTION BUDGETAIRE DES DEPENSES [ANNEE]

d'après les divisions organiques, programmes et allocations de base

DO	PR	CEE	Libellé	CE [année]	Engagement [année]	CO [année]	Factures [année]

Légende :

- DO : numéro de la division organique
- PR : numéro du programme
- CEE : numéro conformément à la classification économique européenne
- Libellé : programme administratif ou d'activité dans le cadre duquel la dépense est effectuée
- CE [année] : montant du crédit d'engagement exprimé en milliers
- Engagement [année] : montant des engagements comptabilisés en milliers
- CO [année] : montant du crédit d'ordonnancement exprimé en milliers
- Factures [année] : montant des droits constatés comptabilisés en milliers

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du [...] portant exécution du titre 4, chapitre 4 (« Les finances »), du décret communal du 23 avril 2018.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH